



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 1926

217 (11.5.1926) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-229401](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-229401)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bestandteile: In Mannheim und Umgebung drei ins Haus oder durch die Post monatlich R. 2.50 ohne Porto. Bei event. Veränderung der wirtsch. Verhältnisse Nachzahlung vorbehalten. Postfach Nr. 17900 Karlsruhe. — Hauptvertriebsstelle E. O. L. — Gehalts Nebensachen Waldhofstraße 6. Schweglingerstraße 24. Weierstraße 11. — Telegramm Adresse: Mannheimer Mannheimer. Telefon Nr. 2011/12, 2013/14, 2015/16, 2017/18, 2019/20, 2021/22, 2023/24, 2025/26, 2027/28, 2029/30, 2031/32, 2033/34, 2035/36, 2037/38, 2039/40, 2041/42, 2043/44, 2045/46, 2047/48, 2049/50, 2051/52, 2053/54, 2055/56, 2057/58, 2059/60, 2061/62, 2063/64, 2065/66, 2067/68, 2069/70, 2071/72, 2073/74, 2075/76, 2077/78, 2079/80, 2081/82, 2083/84, 2085/86, 2087/88, 2089/90, 2091/92, 2093/94, 2095/96, 2097/98, 2099/100.

Anzeigenpreise nach Tarif bei Vorauszahlung pro emp. Kolonnenzeile für 14 Tage 0.40 R. — W. Restant. 3-4 R. — W. Kolonnen-Anzeigen werden höher berechnet. Für Anzeigen an bestimmten Tagen Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen Erhöhungen für ausgelassene oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Beiträge durch Fernsprecher ohne Gewähr. — Gerichtsstand Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauen-Zeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

Der Flaggenstreit vor dem Reichstag

Aus der heutigen Reichstags-Sitzung

Berlin, 11. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Das Haus bietet das übliche Bild eines großen Tages. Die Tribünen sind schon eine halbe Stunde vor dem auf 2 Uhr nachmittags beginnenden Sitzungsbeginn überfüllt. Der Plenarsaal ist zunächst nicht so stark besetzt. Auf der Regierungsbank hat vorerst nur Dr. Brüning Platz genommen.

Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation ergriff Dr. Brüning das Wort. Gleich darauf erscheint Dr. Luther im Saal. Er kommt gerade zurück, um die boshafte Bemerkung des sozialdemokratischen Redners zu hören, der von einem bevorstehenden Rückzug der Regierung spricht. Dr. Brüning geht auf den sachlichen Inhalt der Verordnung ein und nimmt dann die Ministerfrage und schließlich aus, die „unbegreiflicher Weise“ diesem Antrag Ihre Zustimmung gegeben hätten. Das die Auslandsvertreter sich einmütig auf den Standpunkt stellten, daß eine Neuverteilung getroffen werde, bezweifelt Dr. Brüning. Er bezweifelt besonders, daß der Gegenstand dieser Interpellation sich in diesem Sinne geäußert hätte.

Die Rede des Reichskanzlers

Unmittelbar nach Dr. Brüning nimmt dann der Kanzler das Wort, von den Kommunisten mit dem Rufe „Der Schildträger der Reaktion“ empfangen. Der Kanzler widerspricht der Auffassung, daß versucht werde, den Reichspräsidenten zu unmittelbarem Eingreifen in die Politik zu veranlassen. Der Reichspräsident sei nach seiner ganzen Art eine Persönlichkeit, die eigene Entschlüsse fasse. Die politische Verantwortlichkeit liege allein bei der Reichsregierung und im vorliegenden Falle beim Reichskanzler. Die Flaggenverordnung, die er jetzt erließ, überschreite in keinem Falle und in keiner Hinsicht die Grenzen der Verfassung. Die Reichsregierung befinde sich in ihrer Ausübung der Verfassung in völligem Einklang mit früheren Auslegungen. Herr Solmann (Soz.) habe sich als Reichsanwältin ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß das Deutsche Museum in München neben schwarz-rot-gold und der weiß-blauen Flagge auch die schwarz-weiß-rote Handelsflagge zeige. Das gleiche gilt von Herrn Oeser bei der Gewerbeschau in München im Jahre 1921. Die Rechte des Reichsstaates sind in keiner Weise verletzt worden. Die Reichsregierung sei dabei auch im Einklang geblieben mit den bisherigen Maßnahmen. Auch die Flaggenverordnung vom Jahre 1921 sei dem Reichstag nicht vorgelegt worden.

Die wichtigste als diese formalen Fragen ist aber die sachliche Begründung. Der Reichskanzler schildert den Tatbestand im Ausland, besonders in Liechtenstein. Zwischen den deutschen Gebietsbehörden und Konsulaten einerseits und der Bevölkerung andererseits sind politische und wirtschaftliche, aber auch gesellschaftliche Schwierigkeiten wegen der Flaggenfrage entstanden. Ein großer Teil der Tätigkeit der Konsuln wird durch diese Flaggenzwischigkeiten in Anspruch genommen. Es ist sogar schwierig, Wahlkonsula zu bekommen, weil diese sich in diesen Konflikten nicht einmischen wollen. Die größte Not bestand aber da, wo überhaupt verboten ist, andere Flaggen zu hissen, als diejenigen, die amtlich in einem Lande zugelassen sind. Das hat zu dem Ergebnis geführt, daß dort deutsche Farben überhaupt nicht mehr gezeigt werden und daß diese Betonung des Deutschtums dort unterbleibt. Wir haben ein Interesse daran, daß draußen im Auslande Farben gezeigt werden, die der Reichsverfassung entsprechen. Die Liechtensteiner hängen an den Farben schwarz-weiß-rot, weil sie die Einheitsfarben waren gegenüber der bisherigen Kleinstaaten. Es ist befristet worden, daß der jetzige Zeitpunkt für den Erlass der Verordnung geeignet war. Der Tatbestand, der zur Lösung drängt, besteht aber seit vielen Jahren. In der kurzen Zeit, in der ich unter dem Reichspräsidenten Ebert Kanzler gewesen bin, hat dieser aus dem Gesichtspunkt der Sorge über die Verhältnisse bei den Auslandsdeutschen mit mir gesprochen und mich aufgefordert, einen Weg zur Abhilfe zu suchen. Der jetzige Vorschlag würde auch die Zustimmung des Reichspräsidenten Ebert gefunden haben. Dann ist behauptet worden, daß Schwierigkeiten im Auslande ent-

stehen würden. Aus der ausländischen Presse kann man feststellen, daß man sich dort sehr wenig um diese Angelegenheit kümmert. Um das deutsche Volk zu vertreten und draußen zur Geltung zu bringen, brauchen wir nicht Kanonen, sondern die Zusammenfassung aller Kräfte. Die Handelsflagge ist das stärkste Symbol des Friedens. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Verordnung durchaus ein Glied in der Kette des wirtschaftlichen Wiederaufbaus ist. Ich komme dann zur innerpolitischen Seite. Es wurde von der Prager Regierung gesprochen, das Parlament mehr und mehr in den Hintergrund zu drängen. Davon kann keine Rede sein. Von der Meinung der Regierungsparteien bezüglich der Nichtunterstützung der Parteien in der Flaggenfrage hat die Regierung selbstverständlich Kenntnis genommen. Aber auch bei der ersten Flaggenverordnung hat eine Verbindung mit den Parteien nicht stattgefunden. Wenn sich Parteien an der Regierung beteiligen, die ihre Vertrauensmänner im Kabinett haben, so muß das doch den Tatbestand ausdrücken, daß grundsätzliche Vertrauen zur Regierung besteht. Das ist doch das Kernstück des Parlamentarismus. Aus dieser Frage sind die großen Schwierigkeiten entstanden. Der Kanzler bespricht weiter

den Brief des Reichspräsidenten,

der das erste Bestreben zeigt, unser Volk zusammenzubringen. Die Reichsregierung sieht auf der Grundlage des Briefes zur Zeit zwei praktische Aufgaben vor sich: Die Durchführung der Verordnung und die allgemeine Regelung der Flaggenfrage. Die Durchführung der Verordnung ist in Kraft und bleibt in Kraft. Wegen der Art der Durchführung hat sich die Reichsregierung dahin entschlossen, daß sie zweckmäßig nur so erfolgen kann, daß die Verordnung auf der ganzen Erde überall gleichzeitig ausgeführt wird. Darüber wird selbstverständlich ein Zeitraum vergehen, damit alle Punkte der Erde zunächst die genaue Ausführungsvorschriften erhalten.

Der Kanzler betont den Standpunkt der Reichsregierung, die Frage alsbald in Angriff zu nehmen und nachdrücklich zu fördern. Wenn es gelingt, schon in kurzer Zeit eine Vereinbarung herbeizuführen, dann werde die Flaggenverordnung selbstverständlich hinfällig. Die Reichsregierung wird sich mit aller Kraft in den Dienst des Gedankens stellen, durch eine verständliche Lösung der Symbolfrage den Kampf im Innern zu beenden. Sie erblickt dazu die Unterstützung des Reichstages. Wir hoffen, daß diese Arbeit überall geleistet wird. (Wegen dauernder Störung der Sitzung wird der Abg. Torgler (Komm.) zur Ordnung gerufen und der Abg. Hillerding von den Sozialdemokraten vernommen.)

Es hat keinen Zweck in dieser Zeit die Augen zu verschließen, vor den Schwierigkeiten, die noch bestehen. Wir müssen aber allen Eifer daran setzen, diesen Flaggenstreit auszuräumen und gemeinschaftlich an der Entwiklung des Deutschtums in der Welt dranzugreifen und an dem wirtschaftlichen Ausbau unseres Volkes arbeiten (Lebhaftes Zischen bei den Sozialdemokraten, stürmische Psuirufe bei den Kommunisten, die anderen Parteien verhalten sich ruhig, Beifall erklingt nicht).

Das Haus beschließt zur Besprechung der Interpellation die Sitzung auf eine Stunde zu unterbrechen. (Abschluß dieses Berichtes 5 Uhr Nachm.; die Sitzung dauert fort.)

Auf der Suche nach einem Ausweg

Berlin, 11. Mai. (Von unserem Berliner Büro.) Am Reichstag ist heute vor Beginn der großen Aussprache über den Flaggenstreit eine merkliche Entspannung zu verspüren. Der Reichsinnenminister Dr. Brüning hat seine Vermittlungsmission zwischen dem Kabinett und der demokratischen Fraktion fortgesetzt und offenbar mit Erfolg. Es gewinnt den Anschein, als ob die Regierung bereit wäre, den demokratischen Wünschen in ziemlich weitgehendem Maße entgegenzukommen. Die Demokraten haben sich bekanntlich auf den Standpunkt gestellt, daß von der Regierung sachliche Konzessionen erwartet werden müßten. Die Fraktion hatte bisher noch gekostet den Reichskanzler wissen lassen, daß sie den Brief des Reichspräsidenten ernstester Beachtung für wert halte und hatte daran die Aufforderung geknüpft, die Regierung möge alsbald Verhandlungen nach der in dem Schreiben Hindenburgs angedeuteten Richtung anbahnen. Die Fraktion hat erklären lassen, daß es ihr nicht angänglich erscheine, wenn durch den Flaggenstreit dem in dem Briefe Hindenburgs erstrebten Ziele vorgegriffen werde und sie hat schließlich angedeutet, aus diesem Grunde die Verordnung vorläufig außer Kraft setzen zu lassen. Dr. Luther soll, wie verlautet, sich damit einverstanden erklärt haben, daß die Verordnung in der Tat vorläufig bis zum 1. August und wenn dann noch keine Entscheidung gefunden worden ist, über diesen Termin hinaus als aufgehoben gelten soll. Diese Zusage ist jedoch bisher in bindender Form nicht erteilt worden. Der Reichskanzler wird vielmehr seinen Standpunkt erst in der Rede, die er nach dem Abg. Brüning halten wird, genauer darlegen. Die endgültige Entscheidung darüber, ob die Krise beigelegt werden kann, wird erst nach der Rede Luthers fallen. Die Demokraten werden für den Fall, daß die Erklärung des Kanzlers befriedigend ausfällt, natürlich nicht für den sozialdemokratischen Vertrauensantrag stimmen. Sollte dagegen die Erklärung Luthers ihren Erwartungen nicht entsprechen, so beabsichtigen sie einen Antrag einzubringen, in dem sie ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit an der Vereinigung des Flaggenstreits ausdrücken und weiterhin anfragen, ob die Flaggenverordnung bis zu diesem Zeitpunkt ausgesetzt wird.

Deutschland und die Genfer Studienkommission

Von Staatssekretär z. D. Frhr. v. Rheinbaben, M. d. R.

Durch wichtige Ereignisse außerhalb Deutschlands und vor allem auch durch das Auftreten schwerer innerpolitischer Konflikte bei uns selbst hat das Zusammenarbeiten und der Beginn der Arbeit der Genfer Studienkommission bisher kaum die Beachtung gefunden, die ihr im Rahmen der Gesamtpolitik eigentlich zukommt. Nach dem Wirtwart des Genfer Ausganges im März soll jetzt in ruhigerer Atmosphäre der Versuch gemacht werden, sowohl den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im September zu ermöglichen, als auch bekannte und noch nicht öffentlich bekannte Aspirationen anderer Mächte, sowie schließlich bisher stets unterdrückte Reformvorschläge für die Organisation des Völkerbundes in dieser Kommission möglich einheitslich und für alle Teile erträglich vorzuschlagen an den Völkerbundsrat zuzuführen. Eine unheimlich schwere Aufgabe! Man müßte noch skeptischer eingestellt sein, als ohnedies, wenn etwa diese Verhandlungen, ähnlich wie im März, unter atakolster und keineswegs immer produktiver Teilnahme von einigen hundert Journalisten aller Länder vor sich gehen würden, anstatt, wie es glücklicherweise der Fall zu sein scheint, möglichst Vertraulichkeit im Interesse aller Beteiligten zu bewahren und vornehmlich zu beschließen. Trotzdem wird bald die öffentliche Meinung in vielen Ländern aufgrund von ausgegebenen „Comunications“ oder unausbleiblichen Indiskretionen die Genfer Verhandlungen zum Anschau nehmen, um ganz bestimmte Wünsche vorzubringen und auch ihrerseits „mitzuarbeiten.“ Hoffen wir, daß die leidigen innerpolitischen Streitigkeiten auch uns, als der Hauptbeteiligten, die Möglichkeit lassen, an der Gestaltung künftigen deutschen Schicksals den Anteil zu nehmen, der ihm gebührt!

Wie kam es überhaupt zur Studienkommission? Ursprünglich ein deutscher Vorschlag und gebildet als Vorkomitee und Vorkommission für die wider deutsches Erwarten bei Antritt der deutschen Delegation in Genf vorgehendene schwierige und verworrene Lage. In echt deutscher Gründlichkeit war in jenem ersten Vorschlag bereits ein ganzes „Reformprogramm“ enthalten. Die Frage der Aktionsfähigkeit des Völkerbundes in maximaler Verneuerung der Ratsfrage, Neuverteilung des Verhältnisses der nichtständigen Mitglieder, Präzisierung innerhalb einer bestimmten Staatengruppe und andere vor und hinter den Kulissen des Völkerbundes eine Rolle spielende Probleme wurden dort für eine künftige, gründliche und ruhige Beratung nach Deutschlands Eintritt ausgebreitet. Der Vorschlag blieb damals ins Leere oder fiel ins Wasser, wie man auch immer es nennen mag. Für die „Anderen“ nämlich war nicht Reform des Völkerbundes, sondern das Hereinbringen Polens in den Völkerbundrat gleichzeitig mit Deutschland das politische Ziel und die Hauptsache. Nun haben die „Anderen“, d. h. Frankreich und England, weder den deutschen Eintritt, noch die Beförderung Polens zum Bundesmitglied zum Ratsmitglied erreicht. Brasilien gab ihnen die Quittung für uneheliche und unpolare Politik und nun tauchte in etwas anderer Gestalt der Vorschlag einer „Studienkommission“ nochmals auf, die nun aber anders als nach den ursprünglichen deutschen Wünschen entsprechend dem Genfer Ausklang auch den deutschen Eintritt selbst erst ermöglichen soll. Und Polen ist mit von der Partie!

Kann die Studienkommission Erfolg haben? Zur Beantwortung dieser Frage ist zunächst eine kurze Betrachtung darüber nötig, welche politischen Sonderwünsche einzelner Länder auch heute noch bestehen und welches etwa die wichtigsten organisatorischen Probleme des Völkerbundes sind, die erst schon jetzt gelöst werden sollen. Unter deutscher Wunsch, in einer unger Eizelle und Würde entsprechenden Form in den Völkerbund einzutreten, liegt nicht nur für uns obenan, sondern bedeutet auch für den maßgebenden Teil der sogenannten „Locarnomächte“ ebenso wie für eine große Zahl der nicht im Rat vertretenen Staaten das wichtigste Ziel der gesamten nächsten Völkerbundsarbeit. Die juristische Formel vom März „Keine Veränderung der Stärke und Zahl des Rates“ kann für die Zukunft nicht mehr gelten. Eine neue Lage ist entstanden und sie erfordert naturgemäß neue Instruktionen. Ich möchte glauben, daß etwa die folgende Formel die jetzt verfolgten deutschen Absichten zutreffend wiedergibt: „Keine Verschlebung der politischen Struktur des Rates zu Deutschlands Ungunsten gegenüber der bisherigen Zusammensetzung der zehn Ratsmächte; keine Reform gegen Deutschland, sondern am besten Verschlebung tiefgreifender organisatorischer Veränderungen auf einen Zeitpunkt, an dem Deutschland selbst aufgrund zeitweiliger Mitarbeit sich ein vollständiges Urteil gebildet haben wird. Und die anderen wohlbestimmten Aspirationen vom März? Spanien will nach wie vor einen ständigen Sitz. Brasilien ebenfalls und Frankreich hat inzwischen alles getan, um die politischen Wünsche vor recht notwendiger Geltung zu bewahren. Ich bin recht nachdrücklich der Meinung, daß Deutschland diesmal den Fehler vom März nicht wiederholen darf. Wir sollten uns den spanischen und brasilianischen Wünschen innerhalb der hier gegebenen allgemeinen Einseitigkeit nicht widerlegen. Was Polen anbelangt, so sollten wir von vornherein die anderen darüber nicht einen Augenblick im Zweifel lassen, daß die Zuteilung eines ständigen Sitzes eine solche „Verschiebung“ in der politischen Struktur des Rates“ zu unseren Ungunsten wäre, daß Deutschland seine Zustimmung unter allen Umständen zu verweigern hätte. Bezgl. der politischen Aspirationen auf einen nicht ständigen Sitz sollte die deutsche Haltung die sein, daß irgendeine fremdländ. Mitwirkung unterversteht im gegenwärtigen Augenblick deshalb nicht in Frage kommen darf, weil Polen Deutschland gegenüber irgendeinen erkennbaren Willen zur Abkehr von einer sinnlosen es selbst schwer schädigenden anti-deutschen Politik an keiner Stelle gezeigt hat. Sollten wirklich die Polen in der Septemberversammlung oder später durch eine Mehrheit der Völkerbundsammlung einen nicht ständigen Sitz im Rat erhalten, so können wir das nicht hindern, — aber unterstützen dürfen wir diese polnische Aspiration nie und nimmer, weil sie von dem einzig richtigen Wege abführt: Großzügiger deutsch-polnischer Ausgleich, der unter dem Zwang der Verhältnisse — aber zu keinem

eigenen Seite! — Polen zu einer radikalen Umkehr seiner bisherigen Politik gegenüber Deutschland und dem Deutschen führt!

Weder den hier genannten wichtigsten politischen Einzelbestrebungen gibt es innerhalb des Völkerbundes noch eine zweite Kategorie solcher Wünsche, die zum Beispiel seit langem von China hinsichtlich starker Berücksichtigung der außereuropäischen Staaten im Völkerbundsrat geäußert worden sind. Auch Persien hat neuerdings ähnlich seine Stimme erhoben und ab nicht auch die Septemberversammlung hier gewisse Ueberraschungen gelingen wird, bleibe heute dahingestellt. Wichtigere als dieses aber sind die innerhalb des Völkerbundes schon längst in vielen Kommissionsberatungen erörterten organisierten Reformpläne, die man um des lieben Friedens willen bisher freiz — Argentinien seinerzeitiger Ausbruch war ein Ausnahmefall — mit ändernden Reden nach Außen verdeckt und von einer Vollversammlung auf die andere zur Erledigung hinausgeschoben hat. Hier steht eben an der Wunsch der großen Mehrheit der kleineren Staaten auf Einführung des Prinzips der „Rotation“. Alle, d. h. auch die kleinsten Staaten, sollen hiernach, sei es aufgrund der jeweiligen Wahlen, sei es ein für alle Mal nach einer bestimmten Reihenfolge, die Möglichkeit erhalten, einmal eine bestimmte Anzahl von Jahren Mitglied des Rates zu werden. Bisher hat Spanien dem Inkrafttreten dieser zunächst allgemein gebilligten Reform deshalb widerstanden, weil es dabei selbst sein eigenes Ziel, die Erreichung des ständigen Sitzes, gefährdet sah. Neuerdings schiebt sich der von Lord Robert Cecil gemachte Vorschlag hier herein, außer ständigen Mitgliedern und durch Mehrheit auf drei Jahre gewählten Mitgliedern noch eine dritte Kategorie von Staatsmächten zu schaffen, die auf sechs Jahre gewählt sein sollen. Zweifellos denkt dieses typisch englische opportunistische Kompromiß hierbei an Mächte wie etwa Spanien, Polen, China, die Tschechoslowakei, die alle mehr haben und mehr sein wollen, als die große Schaar der — Mafel. Der vielgewandte „König“ tschechoslowakische Außenminister Beneš hingegen sucht auf dem Wege der Gruppenvertretung indirekt zu einem ständigen Sitz zu gelangen, indem er den Vorschlag gemacht hat, daß gewisse Staatsgruppen (sprich: kleine Entente) das ständige Repräsentationsrecht für die am besten geeignete Macht unter ihnen (sprich: Tschechoslowakei) erhalten sollen. Französische Mächte dagegen wollen unter Hinweis auf das so unliebame brasilianische Beispi vom März innerhalb des gesamten Völkerbundes kontinentale Sonderegruppen schaffen, denen die für den betreffenden Kontinent jeweils besonders wichtigen Fragen allein zur Entscheidung zugewiesen werden sollen. Natürlich würde das auf nichts anderes hinauslaufen, als auf eine Vermittlung der französischen Hegemonie innerhalb der europäischen Gruppe, auf die Deutschland sich niemals einlassen könnte. Andere Vorschläge gehen allen Erstes darauf aus, die angeblich bei notwendigerweise vergrößerter Zahl des Rates nicht mehr aufrecht zu erhaltende Vorfrist der Einmündigkeit aufzuheben.

Auch hier wäre zu sagen, daß solche Vorschläge von vornherein von Deutschland kategorisch abgelehnt werden müßten. Das letzte und eigentlich größte und wichtigste Problem für eine Reform des Völkerbundes ist das bisher oft nur recht mühsam zurückgeholte Beitreten der außerhalb des gelobten Landes d. h. des Rates stehenden Mächte, dem Rate gegenüber erhöhte und nicht immer weiter verminderte Bedeutung zu erhalten!

Ran sieht, an Beratungskommission wird es der Studienkommission gerade nicht fehlen. Wo vom deutschen Interesse aus gesehen der Schwerpunkt liegt, ist nun klar: Gleichzeitiges Aufwerfen aller dieser Probleme und Streitfragen, allgemeine Verwirrung, Keil, dann nach bestimmtem Rezept erneuter mühseliger Zustandekommender Kompromiß auf Deutschlands Kosten oder doch so, daß Deutschland sein oben umrissenes Ziel nicht erreicht. Da es sich bei allen diesen Dingen in Wahrheit um Politik, um große Politik handelt — Inkraftsetzen der Locarnoverträge und ihre Auswirkung im Westen, deutsch-russischer Vertrag und seine zukünftige Fortentwicklung, endliche wirtschaftliche und politische Befreiung Europas — so ist immerhin zu hoffen, daß die Querschnitte, Intronen und Gernegroße diesmal ihr Ziel nicht erreichen werden. Chamberlain hatte neulich von seinem Standpunkte aus Recht, als er in einer großen Versammlung in der Albert Hall in London sagte: „Enge und herzliche Freundschaft Englands mit Frankreich wie Einverständnis und Zusammenarbeit mit Italien, das sind die Grundlagen, auf denen man die Wiederherstellung mit Deutschland und mit den anderen vormaligen Feinden aufbauen kann und will.“

Wenn es also in der Genfer Studienkommission nicht mehr weitergehen sollte, dann müßte man sich an diese Notwendigkeit der Gleichberechtigung Deutschlands mit den anderen europäischen Großmächten erinnern!

* Mussolini geht nach Südtirol. Das Zentralkomitee des Verbandes der italienischen Kriegsteilnehmer beschloß, seinen diesjährigen Verbandstag am 12. Juli in Bozen abzuhalten. Der König und Mussolini werden zu gleicher Zeit nach Bozen kommen.

Amerika und der Dawesplan

Washington, 11. Mai. (Spezialabteilung der United Press.) Die amerikanische Sektion der internationalen Handelskammer hat ihre kürzlich großes Aufsehen erregende Erklärung, daß Deutschland höchst wahrscheinlich nicht imstande sein werde, seinen Dawesverpflichtungen nachzukommen, heute in aller Form zurückgezogen, da, wie in der Erklärung ausgeführt wird, die Beweisführung für diese Behauptung von Voraussetzungen ausging, die nach jederseitsigem Urteil unvollständig und irreführend waren. Der Vorsitzende der Sektion, Owen Young, wird eine entsprechende Resolution entwerfen, die auf der nächsten Tagung zur Annahme gelangen wird und in der erklärt werden wird, daß das Urteil der Handelskammer über die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht autorisiert war.

Die Lage im Generalstreik

Paris, 11. Mai. (Von unserem Pariser Vertreter.) Aus London wird berichtet: Gestern ereigneten sich wieder einige ernste Zwischenfälle zwischen Streikenden und Polizisten, die in einen Kampf gelaufen. Zwei Polizisten wurden schwer verwundet. Die Angreifer wurden von Freiwilligen verhaftet.

In der gestrigen Unterhausführung

kritisierte Lloyd George heftig das Verhalten der Regierung. Churchill antwortete beschwichtigend und erinnerte seinen ehemaligen Vorgesetzten an die Schwierigkeiten, denen er, Lloyd George, sich in Krisenzeiten gegenüber gesehen habe. Die Nahrungsmittel- und Bekleidungsfrage der englischen Provinzen erregte nach dem neuesten amtlichen Bericht Besorgnisse, nach dem nicht nur in den Dononner Höfen, sondern auch in Höfen von Liverpool, Hull und Bristol die Entladung der Bekleidungsstücke ohne Störung vor sich ging und die Kohlenvorräte vorläufig ausreichend sind, um den Bedarf der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zu decken. Über 12 000 Angestellte und Arbeiter der englischen Südbahn haben sich gestern morgen wieder zum Dienst eingefunden.

Amerikanische Unterstützung der Streikenden

Glade Bay (Neuschottland), 11. Mai. (Spezialabteilung der United Press.) Das hiesige Hauptquartier der amerikanischen Bergarbeiterunion erklärte, daß sämtliche Bergarbeiter in Neuschottland die englischen Streikenden in jeder möglichen Weise unterstützen und die Verhinderung von Cop Barton-Rohle nach England verhindern würden. Die Schiffe dürfen lediglich Buntkohle laden.

Rückkehr aus Rußland

Der Abg. Geißler (Württemberg) ist von einer russischen Studienreise aus Moskau nach Berlin zurückgekehrt. Seine Reise erfolgte im Interesse der deutschen Wirtschaft anlässlich der Gerüchte, daß die Handelsverrichtungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken aufgegeben würden und in Rußland eine Katastrophe bevorstehe. Geißler wird in Industriekreisen und politischen Kreisen über seine Wahrnehmungen und Auffassungen, welche diese Gerüchte nicht bestätigen, berichten. Von besonderem Interesse ist übrigens auch, daß der Abgeordnete Geißler ebenso wie das diplomatische Korps und der frühere Reichsminister Dr. Wirth am 1. Mai bei der großen Truppenparade und Beerdigung der Rostower Garnison vor der russischen Regierung am Kremel zugegen war.

Das neue polnische Kabinett

Am Montag hat der polnische Bauernführer Wlodek ein Kabinett gebildet, dem u. a. angehören: als Außenminister Morawski, als Kriegsminister General Kolenowski und als Innenminister Smulik. Die anderen Ministerien erhielten die gleiche Besetzung wie im Kabinett Straszynski. Das neue Kabinett ist zwar dem Namen nach ein Rechtsmittelskabinett, dem Charakter nach jedoch entschieden nach rechts gerichtet. Das Kabinett ist von der Unterstützung der extremen Rechten, der Monarchistenpartei, abhängig, weshalb die Linke dem Kabinett schärfste Opposition entgegen hat.

Großer Uhrenschmuggel

Waldshut, 11. Mai. Einem groß angelegten Uhrenschmuggel ist man hier auf die Spur gekommen. Anlässlich einer Grenzkontrolle fand man bei einem hiesigen Geschäftsmann eine Anzahl Uhren, die er auf illegalem Wege von der Schweiz nach Deutschland einführen wollte. Er wurde verhaftet und vernommen, wobei sich herausstellte, daß er im Laufe der letzten zwei Jahre nicht weniger als etwa fünftausend Uhren von der Schweiz nach Deutschland eingeschmuggelt hat, die einen Gesamtwert von mindestens 80 000 Mark haben dürften. Eine große Anzahl der Uhren konnte beschlagnahmt werden. Der Schmuggler des Verhafteten wurde in Gorbarg wegen Verletzung ebenfalls in Haft genommen.

können. Der Hamburger Professor Plösch will die Aufsteigerleistung ausnutzen. Er glaubt, daß ein Drittel des deutschen Flächenraumes genügt, um 700 Millionen PS zu erzielen. Im Laufe der Zeit sind über 50 Theorien entstanden, die sich mit der Ausnutzung der Aufsteigerleistung beschäftigen. Könnte man einen gewöhnlichen Katalysator in einem Atommotor festsetzen, so würde seine Lichtmenge genügen, um zehn elektrische Birnen 80 Jahre lang zu speisen.

Der italienische Chemiker Ciamician berechnete vor einigen Jahren den jährlichen Wert der pflanzlichen Produkte der Erde auf 32 Milliarden Tonnen, die einem Verbrennungswert von 18 Milliarden Tonnen Kohle entsprechen. Man hat die Erdwärme, die in 3000 Meter Tiefe Wasser zum Sieden bringt, sich nutzbar machen wollen. Ein englischer Ingenieur macht sogar den Vorschlag, einen 30 Kilometer tiefen Schacht in die Erde vorzutreiben, um auf diese Weise die Erdwärme für die Energieerzeugung zu nutzen.

Wenn man weiß, daß der Wind 600 mal mehr Kraft entwickeln kann als das Wasser, dann wird man begreifen können, daß in ihm noch eine große Zukunft für die Energieausnutzung besonders für die Landwirtschaft liegt. Schon vor dem Kriege gab es in Deutschland 13 000 Betriebe, welche ihre Betriebe durch den Wind abgavannen. 25 Prozent aller Röhren wurden durch Wind betrieben.

Der Entdecker der Edelgasen Ramsay will die Kohle in ihren Lagerstätten entsenden und ihre Gase dann an die Oberfläche leiten. Die Kohle ohne Verbrennung in Energie überzuführen, wurde schon früher mittels Thermoelementen versucht. Neuerdings sucht man durch die Erfindung des englischen Physikers Dr. Wall, der Kohle in thermoelektrischen Generatoren direkt in Elektrizität verwandelt, will, das Problem der Gewinnung von Kraft direkt aus Kohle in ein neues Stadium gekommen zu sein. Die großen Bemühungen, die sich Frankreich und England um die Ausnutzung der Meerestiefe geben, sind bekannt. Auch die Ausnutzung von Gase und Feuer dürfte noch eine Zukunft haben.

Große Hoffnung hat man auf die Ausnutzung radioaktiver Kräfte aus dem Zerfall der Atome gesetzt. Ein Gramm Radium, das bekanntlich sehr langsam zerfällt, reicht aus um eine Million Liter Wasser von 0 auf 100 Grad zu erhitzen. In jedem Gramm eines beliebigen Stoffes sind Energiemengen enthalten, die der Dauerleistung eines Pferdes während vierhundert Jahren entsprechen. Die Zerfallenergie der Atome ist bis heute noch nicht gelungen. Die am weitestgehenden Versuche mittels starker elektrischer Felder sind bisher dem englischen Physiker Wolf gelungen. Es ließe sich nicht ausdenken, was eintreten würde, wenn eines Tages die Zerfallenergie der Atome gelänge und damit der Menschheit Kräfte

Der Prozeß gegen die Frankensfälscher

In der heutigen Sitzung des Bundesrat Frankensfälscherprozesses machte Prinz Ludwig Windischgrätz bemerkenswerte Angaben über die Person, die das Papier beschaffen hätte. Windischgrätz erklärte, daß, nachdem Arthur Schulz gestorben sei, er keinen Anhalt mehr habe, es zu verheimlichen, daß Schulz das Papier beschaffen habe. Das Papier stamme aus den Vorräten der Deutschen Papierfabrik U. G. Es ist dasselbe Papier, das die Franzosen im Ruhrgebiet zur Fälschung deutscher Marknoten verwendet haben. Arthur Schulz habe über zwei Wochen hindurch unter dem Zwang der Franzosen im Ruhrgebiet an der Herstellung der falschen Marknoten teilgenommen. Auch Windischgrätz weisste damals im Ruhrgebiet. Dort machte er die Bekanntschaft Arthur Schulzes. Auf die Frage der Vorliegenden, ob Windischgrätz nicht schon damals den Gedanken einer Selbstschützaktion in Ungarn zu organisieren, gehabt hat, erwiderte Windischgrätz, er könne sich nicht äußern, doch erkläre er das eine, daß ihm das Töten der Kaiser — der Franzosen — während seines Aufenthalts im Ruhrgebiet jedenfalls so manche Idee gegeben habe.

Die Kampfplage in Marokko

Nach einer Havasmeldung aus Rabat sollen die Rifflente in der Gegend von Med Bert einen Vorstoß gegen die französische Front unternommen haben, der jedoch durch verstärkten französischen Widerstand abgelenkt werden konnte. Die französische Linie sei gegenwärtig Amarna—Relaa—Dar-es-Selbit.

Die spanischen Truppen haben im Grenzgebiet von Albr größere Truppenkontingente eingeleitet, um die wichtige Stellung von Uger und den Gebirgszug des Morabos halten zu können. Die Stellung der Rifflente im Gebiet wurde genommen und drei Geschütze erobert, wobei auf Seiten der Rifflente 30 Tote zu zählen waren.

Die Kämpfe in Syrien

Nach einem offiziellen Bericht aus Beirut sind bei der Besetzung des Eingeborenenquartiers von Meidan in Damaskus 57 Soldate getötet und 62 gefangen genommen worden. Auf französischer Seite habe man drei Tote und acht Verletzte gezählt. Der Kulland war während des Vormarsches auf Sweida ausgebrochen.

Die Verwüstung in Damaskus

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ in Damaskus schildert die Ruine der Stadt nach dem Bombardement von 15 Stunden als äusserst traurig. Das Eingeborenenquartier Meidan ist vollständig zerstört. Das letzte Bombardement ist weitens bestialischer und schwerer gewesen als das Bombardement im Oktober. Die Eingeborenen litten die Verluste an Toten auf 300, während die französischen Offiziere bezweifelten, daß die Leichen von 56 Russen in den Straßen gefunden worden seien. Das Bombardement der letzten 15 Stunden hat eine größere Fläche zerstört als im Oktober. Eine 500 Häuser sind vollkommen in Ruinen verwandelt worden. Das sind mehr als doppelt so viel wie im Oktober. Der Korrespondent des Blattes berichtet, daß er mit einem Luften 20 verblühende Feuer im Eingeborenenquartier beobachtet konnte. Die Eisenbahnverbindungen am Meidan und Sweida ist von den Deutschen unterbrochen worden, so daß der Vertreter der „Chicago Tribune“ sich im Anschluss nach Sweida begeben mußte.

Letzte Meldungen

Stillelegungen und Arbeitererkassungen

Wien, 11. Mai. Der „N. N.“ zufolge hat das Generalstreik der Arbeiter in Düsseldorf infolge Auftragsmangels 1000 Arbeiter entlassen. Die vier wackeren, hat der Arbeiterkongress für seine Abteilung Düsseldorf Eisen- und Stahlindustrie einen Antrag auf Entlassung von 800 Arbeitern gestellt, dem jedoch bis heute noch nicht stattgegeben worden ist. Gleich dem anderen Lokomotivfabriken hat auch die Maschinenbauabteilung U. G. Dankschold in Köln-Kalk in ihrer Abteilung Lokomotivbau Betriebsbeschränkungen vorgenommen.

Ein auffälliger Freispruch

Paris, 11. Mai. Einen sonderbaren Freispruch fällt das Schwurgericht der Seine gegenüber dem französischen Kolonialoffizier Barbas, der seinen neunjährigen Stiefsohn beim Spielen durch Schläge und Fußtritte getötet hatte. Statt nach vollbrachter Tat Meute zu empfinden, machte Barbas beim Spiel und ludte die Bezeugungen als Folgen eines Unfalles beim Spielen hinzustellen. In einer hinreichenden Rede, in der er auf die Verdienste des Angeklagten im Kriege hinwies, verhandelt der Verteidiger, die Geschworenen so zu beeinflussen, daß sie Barbas freisprechen.

* Schwierige Lage der Italiener in Tripolis. Der „Beth Barfen“ meldet auf Grund von Zeitungsberichten aus Tunis, daß die Lage der Italiener in Tripolis zu einigen Verorganismen Anlass gegeben. Eine Rückwirkung dieser Ereignisse auf Tunis sei jedoch nicht festzustellen.

Die Zukunftswelt der Energien

Von Anton Lütke (Münster)

Bis zum 19. Jahrhundert war das Holz im Wirtschaftsleben herrschend. Großer Mangel an Holz trat eines Tages ein, vermehrte Kulturen und führte zu blutigen Kriegen. Wie ein junger Mann trat dann eines Tages die Kohle in das Kulturbild der Welt. Sie gab ihnen eine andere Denkrichtung und eine andere Handlungsmöglichkeit. Ohne Kohle hätten wir heute nicht die Kammergasbeleuchtung, keine moderne Medizin, keine Hygiene, keine Autos, kein Gas, kein Zement, keine Massenfabrikation, keine schnellen Dampfer, keine Elektrizität und anderes.

Das Zeitalter der Kohle wird nicht ewig dauern, besonders die hochwertige, die bituminöse Kohle wird bei der gewaltigen Anforderung an sie bald aufgebraucht sein. Auch die Braunkohle, die erst nach dem Kriege immer mehr gewertet wurde, soll in manchen Gegenden schon in 25 Jahren zu Ende sein. England wird am ehesten mit seiner hochwertigen Kohle zu Ende sein. In Amerika soll der ungezügelt Zuluß an Petroleum, der dort zu einer Verdrängung der Kohleindustrie innerhalb sieben Jahren führte, schon nach 50 Jahren vollkommen verfliegen. Man wird sich nicht ausdenken können, was im Wirtschaftsleben geschehen wird, wenn uns plötzlich jenes Energiekapital genommen wird, an dem wir ohne Zinsen leben.

Wir müssen uns deshalb frühzeitig nach anderen Energiequellen umsehen. Eine dieser Energiequellen ist bekanntlich das Wasser. Aber auch dieses wird nicht ausreichen, um die mangelnde Energie eines Tages zu ersetzen. Vor allem löst die Sonne in Betracht, deren Energie man auf 50 Millionen PS schätzt. Von einer ein Quadratkilometer großen, von der Sonne beschienen Fläche, bei 100 Prozent Ausbeute, könnte man nach angestellter Berechnung 250 000 Jahrepropheten erzeugen. Um die Zahl der durch die Kohle erzeugten Jahrepropheten zu erreichen, genügt die Flächenraum, der nicht größer wäre als ein Drittel der Schweiz. Edison, das amerikanische Erfindungsphänomen, beschäftigt sich zur Zeit mit der Konstruktion einer Sonnenmaschine. Neu sind die Sonnenmaschinen nicht. Man konnte sie schon im alten Ägypten und bei den Römern wurde schon im Tempel der Besos das heilige Feuer mit einem Brennglas angezündet. Ueber hundert Potentis existieren schon heute auf Sonnenmaschinen. Mit der von dem Kaiserin Katerina stifteten Maschine kann man beispielsweise bis zu 8000 Grad Fahrenheit und in ihr das härteste Metall schmelzen. Natürlich können derartige Maschinen nur für die heißen Zonen in Betracht. Man hat ferner durch Einwirkungen des Lichtes auf chemischen Lichtakkumulatoren herzustellen versucht, die bei Tageslicht geladen werden und in der Dunkelheit Strom abgeben

von unübersehbarer Größe gegeben wären. In anderer Weise hat man bereits die Atomtheorie in die Praxis umgesetzt. Der Barische Radioemanator, eine moderne Wasserheizung, basiert auf der Atomtheorie. Mit ihr ist es möglich, auf große Leistungen die verflüchtigen Erbsätze mit großer Sicherheit auszunutzen.

Unter den neuesten Entdeckungen ist bemerkenswert, daß es heute schon in der Theorie möglich ist, die aus der Luft entzogenen, auch aus Wasser und Luft den für unsere Autos so notwendigen Brennstoff herzustellen, was der bekannte Röntgenforscher Hans Fischer auf der letzten Weltwirtschaftskonferenz in London mitteilen konnte. Der bekannte Sorbonne-Professor Charles Henry glaubt das Wasser direkt für den Antrieb von Autos verwenden zu können. Er sagt, daß es Katalysatoren gibt, die den Zerlegungsprozess des Wassers in Wasserstoff und Sauerstoff sehr schnell bewerkstelligen können. Man könnte diese Katalysatoren, dann sei es möglich, die aus dem Wasser gewonnenen Gase zum Antrieb eines Expansionsmotors zu benutzen. Gelungen ist dieser Versuch bis heute noch nicht. Möglich wäre es aber doch auf dieses Ziel eines Tages aufgestoßen und der Menschheit ein Geschenk gemacht würde, dessen Tragweite man heute noch nicht ausdenken kann.

Literatur

* Dr. Max Kemmerich: Moderne Kultur-Kritik (Kultur-Kritik. Dritter Band.) Verlag Albert Langen, München. — Max Kemmerichs Bücher haben einen starken Wiederhall in der gesamten geistigen Welt erzielt. Ist doch sogar das Wort „Kultur-Kritik“ in den Sprachgebrauch der Völker übergegangen. In kurzer Stunde erscheint der dritte, die neueste Zeit behandelnde Band dieses Werkes. Wenn wäre denn ein karger und klarer Kopf nötiger gewesen, als heute, um zu klären und zu erklären, um durch Ironie und Spott durch diese hochentwickelten Gesellschaft und beunruhigten zur Bestimmung zu bringen und zu weisen, wo es not tut und möglich ist. Ohne irgendeiner Partei oder Konfession verpflichtet zu sein, zeigt Max Kemmerich in diesem Werke alle die Irrtümer, Törichtigkeiten, Schwächen der Kulturtheorien und Behörden, der Kirchen, Schulen und Fakultäten, alle die Ungerechtigkeiten und Ungeheuerlichkeiten der Inflationzeit und unserer glorreichen Gegenwart. Nicht um zu tödnen und zum Hoch aufzureizen, sondern um, und zwar auf eine höchst erhellende, humorvolle Art, eine klare, gesunde, unerschütterliche, geistige, humane, frei forschende und sozialfähigere Menschheit zu gründen oder doch die bestehende zu mehrern. Dieses Buch soll ergötzen zur Klärung und Würde der stiftigen Persönlichkeit.

Gesetz und Recht

Neue Formen des Kreditsschutzes

Die Klagen über die Unzulänglichkeit des Kreditsschutzes, der von jeder ein Haupterfordernis für eine gesunde Wirtschaft auszuweisen ist, haben in Krisenzeiten besonders drückend zu werden. Sie sind auch in der heutigen Wirtschaftskrise an der Tagesordnung und um so beachtenswerter, als diese Krise in wesentlichen Teilen eine Kreditkrise ist mit hervorgerufen durch die mit dem Frühjahr 1924 einsetzende planmäßige Kreditrestriktion der Reichsbank. Die natürliche Folge dieser Restriktion war eine starke Verengung der Kreditmöglichkeiten, die durch ein infolies Schwindens des Betriebskapitals vermehrtes Kreditbedürfnis noch läßtbarer wurde. Bei der bedrohlichen Lage vieler auch altangesehener Firmen nimmt es daher kein Wunder, daß vielen der Kreditgeber die beliebenden Kreditkautionsmöglichkeiten ganz besonders stark in Anspruch genommen werden. Dies gilt vor allem, da der Immobilienkredit nur einem beschränkten Personenkreis offensteht und zudem durch arithmetische Einwirkung stark eingeschränkt ist, für den in den meisten Fällen üblichen Mobilliedit. Hier liegt die Sicherungsübernahme die Hauptrolle. Sie hat zwar in der deutschen Gesetzgebung keine Aufnahme gefunden, ist indessen in der Praxis, wie bei den Gläubigern selbst, ohne dem Schuldner wie beim Kautionspfand die nötige Beweismittelkraft hinsichtlich der zur Sicherung übergebenen Gegenstände zu rauben, deren wichtig und häufig geworden, daß auch die Rechtsprechung sie schrittweise anerkannt hat. Wertgegenstände sind durch diese Einwirkung einer der Hauptrollen des Mobilliedits des bürgerlichen Rechtsbuches, nämlich der der Publizität, durchbrochen worden. Während nämlich das B. G. B. den Erwerb eines Eigentums grundsätzlich davon abhängig macht, daß dieses Eigentum durch Hebertragung des Besitzes verpfändet worden ist, sind die in der Praxis üblichen nach außen hin gültigen Pfandbriefe, die durch die Sicherungsübernahme gerade darin, dem Schuldner den Besitz der übergebenen Gegenstände meier zu belassen und die Fälligkeit der Sicherungsübernahme nach außen hin gänzlich in die Erblassung treten zu lassen. Die Gefahren einer solchen Sicherungsübernahme liegen auf der Hand. Der Kreditgeber ist außerstande, sich die erforderliche Heberkraft über die etwaige Veräußerung des Kreditnehmers sowie Gewissheit darüber zu verschaffen, ob die als Sicherheit angebotenen Gegenstände nicht bereits anderweit übergeben sind und in Anspruch genommen werden. Nichts desto trotz betonen die Gläubiger neben hier eine gewisse Beschränkung. Die Reichsbank hat diesen Gefahren und Mängeln der Sicherungsübernahme gegenüber vielfach auf Selbsthilfe der Sicherungsübernehmer hin gewiesen. Diese Selbsthilfe ist in der Regel die Einbringung von Wertgegenständen in die Erblassung oder die Einbringung von Wertgegenständen in die Erblassung oder die Einbringung von Wertgegenständen in die Erblassung.

Die Verpfändungsfrage beim Zusammenstoß zweier Kraftwagen

Eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsgerichtes
Eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsgerichtes
Eine grundsätzliche Entscheidung des Reichsgerichtes

Das Landgericht erklärte, wie uns vom Verhandlung des Automobilbesitzer Deutschlands e. R. Dresden-Berlin mitgeteilt wird, den Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt und wies die Abberufung ab. Auch das Oberlandesgericht Dresden wies den Klagenanspruch ab. Die Klage wurde zurückgewiesen. Die Klage wurde zurückgewiesen. Die Klage wurde zurückgewiesen.

Das Landgericht erklärte, wie uns vom Verhandlung des Automobilbesitzer Deutschlands e. R. Dresden-Berlin mitgeteilt wird, den Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt und wies die Abberufung ab. Auch das Oberlandesgericht Dresden wies den Klagenanspruch ab. Die Klage wurde zurückgewiesen. Die Klage wurde zurückgewiesen. Die Klage wurde zurückgewiesen.

Das Landgericht erklärte, wie uns vom Verhandlung des Automobilbesitzer Deutschlands e. R. Dresden-Berlin mitgeteilt wird, den Klagenanspruch dem Grunde nach für gerechtfertigt und wies die Abberufung ab. Auch das Oberlandesgericht Dresden wies den Klagenanspruch ab. Die Klage wurde zurückgewiesen. Die Klage wurde zurückgewiesen. Die Klage wurde zurückgewiesen.

Die Aneignung versehentlich falsch bestellter Briefe ist strafbar

Im Juni v. J. verurteilte das Reichsgericht den Angeklagten M. A. wegen Unterschlagung, weil er einen an H. A. adressierten Brief, den der Briefträger versehentlich ihm ausgehändigt, seines Inhalts beraubt hatte. Man soll sich also nicht dem Glauben hingeben, daß ein richtig adressierter Brief, der uns fälschlich ausgehändigt wurde, unser Eigentum ist, wenn der Briefträger handelt in nicht als Vertreter des Absenders, sondern nur als sein Bote und ändert somit durch seine falsche Bestellung nicht den ursprünglichen Willen des Absenders ab.

Aufhebung von Jagdpachtverträgen

Die Gemeinde E. hat gegen eine Entschädigung des Bezirksrates S., wonach ein Jagdpachtvertrag für ungültig erklärt wurde, Berufung an den Verwaltungsgerichtshof in E. eingelegt. Der Verwaltungsgerichtshof hat zunächst auf die Berufung folgende Erklärung erlassen:
Es wird nach einer Erklärung darüber entgegengesetzt, inwiefern die Gemeinde E. zur Erhebung der — wohl versehentlich als Berufung bezeichneten — Klage gegen Absatz 1 der Entscheidung des Bezirksrates S. vom 10. September 1925 als altio legitimiert erachtet wird. Dabei machen wir darauf aufmerksam, daß die Bestimmung in § 4 Abs. 1 Ziffer 3 A. M. G. die früher den Gemeinden den Verwaltungsgerichtshofen Schutz gegen Verfügungen der in Rede stehenden Art bot (Bergl. Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes Teil III S. 61 Nr. 128, bod. Verw. Zeitschr. 1906 S. 68 ff.) hinsichtlich des Klagerrechts der Gemeinden durch § 115 Abs. 5 der Gemeindeordnung vom 5. Oktober 1921 im Hinblick auf § 9 Abs. 1 und Abs. 5 dieses Gesetzes aufgehoben wurde (vgl. hierzu den Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verwaltung über den Gesetzentwurf einer dahingehenden Gemeindeordnung, Landtagsdrucksache Nr. 95/1921 S. 167).

Das Ministerium des Innern hat auf ein Gesuch um Wiederherstellung der Rollen folgende Verfügung erlassen:

Reines Erachtens hat der Gemeinde E. gegen die Entscheidung des Bezirksrates S. vom 10. September 1925 die Klage an den Verwaltungsgerichtshof zu. Allerdings ist durch § 115 Abs. 5 Gem.-O. das Klagerrecht auf Grund des § 4 Abs. 1 Ziff. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes aufgehoben worden, jedoch nur insoweit es sich um die Klage gegen den Vollzug der Anweisung der Staatsaufsichtsbehörde handelt, wenn die Gemeinde gegen die Anweisung selbst keine Klage erhoben hat. Das Klagerrecht gegen die Anweisung ist aber durch § 9 Abs. 4 und 5 der Gemeindeordnung gegeben. In der Aufhebung einer Jagdpachtverträge durch den Bezirksrat kann aber wohl nicht die Anweisung der Staatsaufsichtsbehörde erblickt werden, nimmte eine ordnungsmäßige Verpachtung vorzunehmen. Die Vorschriften des § 9 werden daher hier allerdings keine Anwendung finden.

Dagegen hat meines Erachtens die Gemeinde, wie jeder andere Beteiligte, gegen die Entscheidung des Bezirksrates das Klagerrecht aus § 4 Abs. 1 Ziffer 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes, da nicht ersichtlich ist, worum nicht auch die Gemeinde durch Aufhebung eines von ihr abgeschlossenen Jagdpachtvertrages als in ihrem Rechte verlehrt anzusehen wäre. Doch eine Entscheidung des Bezirksrates in dieser Richtung als polizeiliche Verfügung angesehen wird, entspricht dem herrschenden Begriff der polizeilichen Verfügung, deren Zweck die Abwehr von Störungen der guten Ordnung des Gemeinwesens ist. Ein Gegenbemerkung kann auch keineswegs daraus hergeleitet werden, daß in § 4 Abs. 1 Ziffer 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes den Gemeinden das Klagerrecht nicht mehr gegeben ist; wie oben angeführt, wurde das Klagerrecht im Sinne dieser Vorschrift durch § 9 Absatz 5 der Gemeindeordnung gewährt, allerdings in anderer Umfang.

Rechtsanwalt Josef Wertheimer-Mannheim.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer

Von Dr. J. Reichl-München

Das Steuerermäßigungs-gesetz hat eine Herabsetzung der allgemeinen Umsatzsteuer auf 0,75 Proz. und eine Befreiung der Luxusumsatzsteuer gebracht. Die Herabsetzung der allgemeinen Umsatzsteuer regelt die Umsatzsteuerpflicht für die Uebergangzeit, ferner die Vergütungsansprüche beim Erwerb von Luxusgegenständen für Ueber- und gewerbliche Zwecke, sowie die Vergütungsansprüche des Ausführhändlers nach § 4 des Umsatzsteuergesetzes.

Befreiungen oder sonstige Leistungen, die bis zum 1. April 1926 einem Steuerjahr von 1 Proz. bzw. 7 1/2 Proz. unterliegen, sind durchwegs mit 0,75 Proz. zu versteuern, wenn die Befreiung oder sonstige Leistung nach dem 31. März 1926 liegt. Erfolgt die Befreiung nach den vereinnahmten Entgelten, was im allgemeinen meist der Fall sein dürfte, ist der ermäßigte Steuerfuß anzuwenden, wenn die Vereinnahmung nach dem 31. März 1926 liegt. Daraus ergibt sich bei der Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten a) alle vor dem 1. April 1926 vereinnahmten Entgelte sind mit 1 Proz. zu versteuern, auch wenn die Befreiung oder Leistung erst nach dem 31. März 1926 erfolgt ist, b) alle nach dem 31. März 1926 eingegangenen Beiträge sind mit 0,75 Proz. zu versteuern, auch wenn die Befreiung oder Leistung schon vor dem 1. April 1926 erfolgt ist.

Bei Besteuerung nach Befreiung und Leistungen a) alle vor dem 1. April 1926 ausgeführten Befreiungen unterliegen dem Steuerfuß von 1 Proz. ohne Rücksicht darauf, wann die Befreiung hier eingegangen, b) alle nach dem 31. März 1926 erfolgenden Befreiungen und Leistungen sind mit 0,75 Proz. zu versteuern, auch wenn der Befreiungsvertrag schon vor dem 1. April 1926 abgeschlossen worden ist.

Das Gleiche gilt für die steuerrechtliche Lage bei den Luxussteuerpflichtigen Befreiungen und Leistungen:

- a) bei Besteuerung nach vereinnahmten Entgelten unterliegen alle vor dem 1. April 1926 eingegangenen Entgelte dem Steuerfuß von 7 1/2 Proz., während alle nach dem 31. März 1926 eingegangenen Entgelte mit 0,75 Proz. zu versteuern sind,
- b) bei Besteuerung nach Befreiung oder Leistungen kommt der Steuerfuß von 7,5 Proz. für alle vor dem 1. April 1926 ausgeführten Befreiungen in Betracht, während alle nach dem 31. März 1926 erfolgten Befreiungen dem Steuerfuß von 0,75 Proz. unterliegen.

Auch das Einbringen dieser Luxussteuerpflichtigen Gegenstände ist von der erhöhten Umsatzsteuer befreit; denn nach ausdrücklicher Vorschrift ist das Verbringen von Gegenständen des § 15 oder die Befreiung von Gegenständen des § 21 des U. St. G. ins Ausland steuerfrei, wenn das Verbringen oder die Befreiung nach dem 31. März 1926 erfolgt. Die Vergütungsansprüche nach § 20 des U. St. G. beim Erwerb von bisher Luxussteuerpflichtigen Gegenständen zu Ueber-, beruflichen oder gewerblichen Zwecken sind bis zum 31. Dezember 1926 bei der Steuerbehörde geltend zu machen. Die Vergütung des Ausführhändlers in Höhe von 1 Proz. für die Fälle der allgemeinen Umsatzsteuer und von 7,5 Proz. für die Fälle der Hersteller- oder Kleinhandelssteuer wird gewährt, wenn

- a) bei Geltendmachung des Vergütungsanspruches nach vereinnahmten Entgelten die Vereinnahmung des Entgeltes für den Umsatz in das Ausland,
- b) bei Geltendmachung des Vergütungsanspruches nach Befreiung in das Ausland

in der Zeit zwischen dem 1. April und dem 30. Juni 1926 erfolgt. Wie früher ist auch bei der neuen Steuerermäßigung ein Anspruch auf Preisnachlass gegen den Lieferanten gegeben. Beträgt nämlich die Umsatzsteuer eines Unternehmers für Leistungen aus Verträgen, die vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes, d. h. 1. April 1926 abgeschlossen sind, nur 0,75 v. H., aber sind Leistungen aus solchen Verträgen von der erhöhten Umsatzsteuer befreit, so ist er verpflichtet, dem Empfänger der Leistung einen Nachlass vom Entgelt zu gewähren, der der Minderung der auf die Leistung entfallenden Umsatzsteuer entspricht. Voraussetzung für den Preisnachlass ist also

- 1. daß der Vertrag vor dem 1. April 1926 abgeschlossen ist,
- 2. daß der Verkäufer nur den niedrigeren Steuerfuß bezog, im Falle der früheren Luxussteuer nur die allgemeine Umsatzsteuer von 0,75 Proz. abzuzahlen hat.

Der Preisnachlass ist demnach in letzterem Falle ziemlich erheblich. Wichtig ist auch, darauf hinzuweisen, daß der Preisnachlass eintritt, ohne Rücksicht darauf, ob in dem Preis die allgemeine oder die erhöhte Umsatzsteuer einfließt worden ist. Unter den heutigen Verhältnissen ist es vielfach nicht mehr möglich, die Umsatzsteuer auf den Käufer abzuwälzen, vielmehr muß sie der Lieferant tragen. Auch in einem solchen Falle ist der Anspruch des Käufers auf Preisnachlass gegeben. Eine weitere Voraussetzung ist schließlich für den Anspruch auf Preisnachlass, daß der Verkäufer selbst der Umsatzsteuer unterliegt. Wegen eines Zwischenhändlers, der nach § 7 des Umsatzsteuergesetzes Umsatzsteuerfrei ist, besteht daher kein Anspruch auf Entschädigung, während dieser selbst jedoch einen Anspruch auf entsprechende Herabsetzung des Preises bei Vorliegen der oben erwähnten Voraussetzungen hat.

Die objektive Ehezerstörung! Ein neuer Scheidungsgrund

Bisher konnten in Deutschland Ehen nur wegen Ehebruch, wegen Lebensnachstellung, wegen unheilbarer Geisteskrankheit und wegen „schuldhafter“ Ehezerstörung geschieden werden. Neben letzteren will man jetzt auch die objektive Ehezerstörung als Grund anerkannt wissen, so daß eine Scheidung auch ohne Verschulden ausgesprochen werden kann, wenn eine dem Wesen der Ehe entsprechende Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft nicht mehr zu erwarten ist.

Einem „leichtfertigen Auseinandergehen“ soll damit, wie Clara Renze in der „Reinwart“ ausführt, keineswegs die Bahn gebahnt werden. Es ist vielmehr auch in Zukunft unbeschränkter Prüfungsbefugnis des Richters zu fordern, da nur er entscheiden kann, ob objektive Ehezerstörung wirklich vorliegt oder nur vorgetäuscht wird. Es soll dem leichtfertigen Auseinandergehen aber auch dadurch vorgebeugt werden, daß der Scheidungsantrag erst nach einem Jahre wirksamer Ehetrennung gestellt werden darf.

Tiefe Entwertung der Eheverhältnisse ist durch den Wandel der Stellung der Frauen in modernen Kulturstaaten notwendig geworden. Eine schnelle gesetzliche Regelung fordern nicht allein die betroffenen Familien selbst, sondern auch Kaufleute von Gegenden, Geistlichen und Juristen. Die Frage ist durch die vielen Kriegsbetroffenen besonders dringlich geworden. Dies sind oft ohne gegenseitige Kenntnis der persönlichen Eigenschaften und Lebensgewohnheiten geschlossen, die jahrelange Trennung mit kurzem Zusammensein bei keine Möglichkeit des Auseinandergehens, Unberechenbarkeit der Charaktere, der Temperamentsunterschiede, religiöse Unterschiede, die im täglichen Leben stärker hervortreten, die Frage der religiösen Kindererziehung; und dann eine plötzliche Veränderung der wirtschaftlichen Lage, alle diese Momente schaffen die Atmosphäre, die eine Fortführung der Ehe unerträglich, unmöglich, unmoralisch machen. In allen solchen Fällen bietet die Gesetzgebung keine Hilfe, darum greifen die Eheleute zu Scheidungsgründen; scheinbarer Ehebruch, tödliches Verlassen werden infamisiert und der schlichten Gesetzgebung in Füg und Tor geschnitten. Im diese Verwirrung nicht um sich greifen zu lassen, muß die Gesetzgebung eingreifen, um geordnete Wege vorzubereiten zu schaffen, zum Besten des Einzelnen — mit besonderer Rücksicht auf die Kinder jener Ehen, und zum Besten der Volksgemeinschaft.

Dr. H. S.

Befreiung von den Erwerbslosen-Fürsorgebeiträgen

Bei der nunmehr schon seit Monaten bestehenden starken Arbeitslosigkeit, auf deren schmerzlichen Rückgang bei der derzeitigen Wirtschaftslage nicht abgesehen werden kann, wachen sich sowohl im Geschäftsbereich wie auch im Privatbereich die Ausgaben für die Erwerbslosen-Fürsorge, die bekanntlich in der Form von Zuschüssen zu den Kantonsbeiträgen und mit diesen zusammen erhoben werden, immer mehr bemerkbar. Wirtschaftswissenschaftler behaupten, daß die meisten Klagen über die Höhe der sozialen Kosten über die Wirtschaftlichen der Bevölkerung von diesen Erwerbslosen-Fürsorgebeiträgen bei den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern vielfach nach großer Unkenntnis, weshalb in folgendem eine kurze Uebersicht darüber geben sei.

Nach § 34 der grundlegenden Verordnung über Erwerbslosen-Fürsorge vom 10. März 1924 (veröffentlicht im Reichsgesetzblatt 1924 Teil I Seite 127 ff.) ist der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung einer Reihe anderer Behörden ermächtigt, für bestimmte Berufsstände oder bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern eine Befreiung von den Beiträgen zur Erwerbslosen-Fürsorge anzuordnen. Von dieser Ermächtigung hat der Reichsarbeitsminister in der 5. Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Erwerbslosen-Fürsorge vom 18. Januar 1926, die in neuer Fassung im Reichsgesetzblatt 1926 Teil I Seite 99 veröffentlicht ist, Gebrauch gemacht. Hiernach ist eine Befreiung von den Beiträgen in folgendem 4 Fällen vorgesehen:

- a) für die Land- und Forstwirtschaft sowie in den Gewerbetreibenden, die ein Kleinrentner oder Bäcker eines Land- oder forstwirtschaftlichen Grundbesitzes von gewisser Mindestgröße noch während eines Teils des Jahres als Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft oder in der Binnen- und Küstengewerbeindustrie oder in der See- oder in der Luftfahrtindustrie beschäftigt sind, ferner in der See- oder in der Luftfahrtindustrie beschäftigten Arbeitnehmern in der Land- und Forstwirtschaft, bei denen die Arbeitnehmern aufgrund eines schriftlichen Vertrags von mindestens einjähriger Dauer beschäftigt wird, wenn er außerdem eines schriftlichen Arbeitsvertrages auf unbestimmte Zeit beschließt wird und ihm ohne wichtigen Grund nur mit einer Frist von mindestens 3 Monaten kündbar werden darf.
- b) Hausarbeiten und häusliche Dienste, ihre Beschäftigung im Haushalt, wenn der Arbeitnehmer in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen ist, d. h. also bei ihm wohnt, beschäftigt wird usw. (s. B. bei Dienstmädchen, Köchen, Hausverwaltern, nicht aber nur funktionelle anzunehmenden, sonst aber nicht im Hause lebenden Bediensteten).
- c) Garten- und Forstwirtschaft. Eine Beschäftigung in der Binnen- und Küstengewerbeindustrie, bei der die Beschäftigten mit dem Ertrage des Geschäftes beteiligt sind, bezieht zur Aufstellung.
- d) Seefahrt. Die Beschäftigung von Seefahrern in belagerten, wenn ein schriftlicher Arbeitsvertrag von mindestens zwei-

Neue Mannheimer Zeitung - Handelsblatt

Die Generalversammlungen des Zellstoff-Konzerns

Vollverrechnung der Niederbayerischen Cellulosewerke AG. in Kelheim / Die Jahresproduktion von 1913 überschritten / Vermehrter Export / Erfolgreicher Auslandswettbewerb / Waldhof an erster Stelle in der Verleserung der Kunstseidefabriken

Der Zellstoff-Konzern hielt heute in den Räumen der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft seine Generalversammlungen ab. Der Hauptversammlung, nämlich jener der Zellstofffabrik Waldhof voraus gingen die Generalversammlungen der Niederbayerischen Cellulosewerke AG. in Kelheim in der das ganze Aktienkapital vertreten war und in der einstimmig die Fusion mit der Zellstofffabrik Waldhof beschlossen wurde. Das Vermögen der Gesellschaft geht als ganzes mit Wirkung vom 1. Januar 1923 ab auf die Zellstofffabrik Waldhof über. Die

Vaporus AG. in Mannheim
vernahmte 122.802 A Pachtgebühr, die zu Abschreibungen auf Fabrikanlagen verwendet werden. Vom Pachtvertrag vergütet die Zellstofffabrik Waldhof auf die 3 Mill. A der Gesellschaft, somit diese Aktien nicht bereits im Besitz von Waldhof sind, dieselbe Dividende, welche sie auf ihre eigenen Aktien verteilt, d. h. also diesmal 10 v. H. In der AG. war das Gesamtkapital vertreten und die Verwaltungsanträge wurden einstimmig genehmigt. Neu in den AG. gewählt wurde Direktor Dr. Wandel von der Disconto-Gesellschaft Berlin. In der AG. der

Collet Cellulose- und Papierfabriken AG.
war gleichfalls das ganze AK. von 4 Mill. A vertreten. Die regelmäßigen Gegenstände der AG. wurden einstimmig genehmigt. Auch bei dieser Gesellschaft garantiert Waldhof Dividende in eigener Höhe für die nicht bereits in keinem Besitz befindlichen Aktien. Die vernehmte Pacht von 187.977 A wird auch hier zu Abschreibungen auf die Anlagen verwendet. Die turnusgemäß auscheidenden AK.-Mitglieder Direktor G. Albrecht-Mannheim und H. Clemens Sammers-Berlin wurden wiedergewählt. Bei der

Bahn-Gesellschaft Waldhof AG.
waren 7 Aktionäre mit 582 Stimmen vertreten. Der Abschluß weist ein Schl. 4085 A Vortrag 232.350 A an Einnahmen aus, deren 184.601 A Betriebsausgaben und 13.722 A Abschreibungen gegenüberstehen. Der Gewinn von 29.045 A findet folgende Verwendung: Reserve 1432 A, Extraabrechnung auf Maschinen 10.000 A, Rückstellung für Steuern 10.000 A und Reuovortrag 7393 A. Diese Verwendung wurde genehmigt und die auscheidenden AK.-Mitglieder wiedergewählt. In der AG. der

Zellstofffabrik Waldhof
waren 24 Aktionäre mit 454.918 Stimmen vertreten. Die Regularien fanden einstimmige Annahme, so daß aus einem Reingewinn von 4.830.232 A nach 2.461.129 A Abschreibungen 10 v. H. Dividende auf die St. 7 v. H. auf die St. 2. v. H. auf die St. 1. v. H. und 6 v. H. auf die Genussrechte ausgeschüttet und 170.543 A neu vorgetragen werden.

Zu dem bereits veröffentlichten Geschäftsbericht machte der Vorsitzende Kommerzienrat Dr. Th. Frank-Berlin. In dem Bericht ergänzende Angaben und führte u. a. aus, daß der vorliegende Abschluß die Richtigkeit der von der Verwaltung angeführten Kapitalaufstellung des Unternehmens bestätigt. Die bekanntlich nicht lediglich unter dem Gesichtspunkte der vorhandenen Substanz, sondern auch unter dem Gesichtspunkte einer künftigen Rentabilität erfolgte. Es dürfte auch für die Aktionäre eine Genugtuung sein, daß auf das im Dez. 1922 in vorläufiger Weise umgestellte AK. bereits für das Jahr 1923 eine Dividende von 10 v. H. ausgeschüttet werden kann, eine Dividende, von der die Verwaltung erwartet, daß sie als Richt-

schnur im gewissen Sinne auch für künftige Jahre gelten wird, vorausgesetzt natürlich, daß die Rückkehr zu normalen Verhältnissen günstige Fortschritte macht. Die krisenhaften Verhältnisse des Inlandes in 1923 sind allerdings für die Zellstofffabrik Waldhof in keiner Weise gefährlich geworden, das Unternehmen wurde von der Inlandszelle nicht in stärkerer Weise in Mitleidenschaft gezogen. Am Umschlag des letzten Jahres hatte man nennenswerte Verluste nicht zu erleiden. Den Schwierigkeiten im Inland konnte entsprechend einer seit langer Zeit sorgfältig vorbereiteten Politik durch Vermehrung des Exports ausgewichen werden.

Die Gegenüberstellung der in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Zahlen für Steuern und Umlagen mit dem Gewinn-Saldo gibt ein Bild, in welcher Weise die steuerliche Belastung sich auch bei dem Unternehmen ausgewirkt hat, machen doch Steuern und Umlagen einen Betrag von 3.337.370 A gegenüber einem Reingewinn von 4.839.232 A aus. Diese Zahlen zeigen, wie unbedingt notwendig eine weitere durchgreifende Erleichterung der Steuerbelastungen ist. Das Programm der Intensivierung der Betriebe hat auch im Jahre 1923 eine vernünftige Durchführung erfahren; für fertige und begonnene Neubauten wurden nicht weniger als 4.118.000 A aufgewandt. Durch diese Aufwendung ist es uns gelungen eine Mehrproduktion an Zellstoff und Papier nicht nur gegenüber dem Jahre 1922, sondern auch gegenüber dem Jahre 1913 zu erzielen. Durch die technischen Verbesserungen ist die Mehrproduktion in noch höherem Maße verlangt worden als durch die in anerkennenswerter Weise erfolgte Rekrutierung der Arbeiterschaft, wodurch die Beschäftigung auf ein vernünftiges Maß reduziert werden konnte, wenn auch die Arbeiterzahl heute noch eine relativ größere ist als die des Jahres 1913.

Dabei ist es uns gelungen, nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität unserer Produktion erheblich zu verbessern. In der Verleserung der Kunstseidefabriken nimmt die Zellstofffabrik Waldhof wohl die erste Stellung unter den deutschen Zellstofffabriken ein und ist mit der norwegischen und kanadischen Produktion erfolgreich in Konkurrenz getreten. Die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu den Vereinigten Staaten hat es gestattet, eine Reihe von maßgeblichen Verbindlichkeiten der Division des Unternehmens nach den Vereinigten Staaten und Kanada zu entfallen, um die dortigen Produktionsverhältnisse kennenzulernen. Die Beobachtungen haben ergeben, daß die Zellstofffabrik Waldhof nach der technischen Seite hin gleichen Schritt mit den dortigen Unternehmen gehalten hat und daß nur verhältnismäßig geringfügige Anregungen für Produktionsverbesserungen von den Reisen zurückgebracht wurden.

Die finanziellen Verhältnisse haben durch den Abschluß einer langfristigen Anleihe zum Jahresanfang von 6 1/2 v. H. eine wesentliche Konsolidierung erfahren. Ergänzend sei hierzu zu bemerken, daß trotz des verhältnismäßig niedrigen Zinsfußes ein Ausstattungsprogramm erfüllt wurde, wie er sonst nur höherprozentigen Anleihe zuteil wird. Ein weiterer Vorteil war der, daß zunächst von einer öffentlichen Emision der Anleihe abgesehen wurde, und daß die Gesellschaft nicht genötigt war, eine eingehende Revision der Gesetze über sich ergehen zu lassen, sowie mehr oder minder reifemäßige Prospekt veröffentlichen zu sehen.

Die Konsolidierung der finanziellen Situation sowie die günstige Resultat des Jahres 1923 haben der Verwaltung gestattet, den schon lange ersehnten Beschluß zu fassen, die Niederbayerischen Cellulosewerke AG., Kelheim a. d. Donau, deren Fabrikanlagen zufolge Zerstörung durch Brand eine Reihe von Jahren nur im kleinsten Maße ausgenutzt werden konnten, in Wiederaufbau zu nehmen. Beabsichtigt ist, dort eine moderne, auf Grund der neuesten Erfahrungen sich aufbauende Anlage zu errichten. Durch die heutige Fusion der Gesellschaft wird das neu zu errichtende Werk Kelheim lediglich eine Niederlassung der Zellstofffabrik Waldhof bilden. Eine Kapitalerhöhung von Waldhof kommt in diesem Falle nicht in Frage, da sämtliche Aktien der Niederbayerischen Cellulosewerke im Besitze der Gesellschaft sind. Auch sonst wurde das Programm der Rationalisierung weiterverfolgt, indem die bereits durch starke Aktieninteressen der Gesellschaft nachstehende Zellstofffabrik Ragwitz AG. durch Fusion mit Waldhof verliert und der Papierverkauf der Konzern-Fabriken konzentriert wurde. Durch Errichtung der „Pacifica“ Papierhandels-Gesellschaft m. b. H., Berlin, wurde eine eigene Handelsorganisation geschaffen, auf die der Papierverkauf der Werke Waldhof und Ragwitz übertragen ist, und auf die man auch den Papierverkauf der Mannheimer Betriebe sowie der gepachteten Collet Cellulose- und Papierfabriken AG. zu übertragen im Begriffe steht.

Über das laufende Geschäftsjahr wurde in Ergänzung des Geschäftsberichts mitgeteilt: Den dabei in verstärktem Maße aufgetretenen Schwierigkeiten im Inland oblag sind wir durch die Forcierung des Exports begegnet. Die bisher abgelaufenen Monate des Jahres 1923 weisen befriedigende Ergebnisse auf und gestatten die Zukunft mit Vertrauen entgegenzusehen. Vorausgesetzt bleibt, daß man auch weiterhin Verständnis für den notwendigen Abbau der Belegschaft durch Steuern und soziale Lasten zeigt und in der Tarifpolitik etwas mehr Rücksicht auf die Interessen der heimischen Wirtschaft entwickelt. Was das Unternehmen nun tun konnte, um die Ertragsverhältnisse einigermaßen zu paralisieren, ist selbst unter Opfern geschehen. Die Verwaltung erwartet auch von ihren Arbeitern und Angestellten, daß sie von ihnen in dem Bestreben, die Werte gut und dauernd beizubehalten, auch weiterhin unterstützt wird, damit die Zellstoff-Waldhof-Gruppe ihre führende Stellung behaupten kann, die sie sich erfreulicherweise trotz des schweren Schicksals von Bernan erhalten hat.

Da das Unternehmen die Zulassung seiner Aktien zum Börsenhandel in Berlin und Frankfurt beantragt hat, wurde auf Anraten der dortigen Börsenvorstände das Stimmrecht der Vorzugsaktien St. A. von 12 auf 6 Stimmen von der AG. reduziert. Die scheidungsgewalt auscheidenden AK.-Mitglieder wurden wiedergewählt.

* Die Hoffen u. Co. AG. in Rülheim-Ruhe dividendenlos.
Die o. H. B. genehmigte den Abschluß sowie den Vertrag mit der Vereinigten Stahlwerke AG. in Düsseldorf. Nach dem Geschäftsbericht der Gesellschaft wurden in den ersten Monaten des abgelaufenen Jahres die seit Anfang November 1922 abgelaufenen Betriebe allmählich wieder in Gang gesetzt. Die Abteilung Maschinenfabrik arbeitete während des ganzen Jahres befriedigend, während die Abteilung Stahl- und Holzwerke aus dem allgemein bekannnten Gründen ihre Fabrikate nur mit großen Verlusten absetzen konnte. Nach Abschreibungen von 1.353.477 RM. verbleibt ein Reinergebnis von 4.219.079 RM., wovon 4.240.807 RM. der gesetzlichen Rücklage überwiesen werden. Der Rest wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Reinergebnis rührt zum überwiegenden Teil davon her, daß im Jahre 1922 das Deutsche Reich die Entschädigung für die im Jahre 1923 entfallenden Befehlshäben vergütet hat.

Kurszettel der Neuen Mannheimer Zeitung

Allen und Auslandsbörsen in Gegenwart, bei Geldnotierungen in Wert je Stück. Die mit T besetzten Werte sind Terminkursen, die mit + versehenen nach in W. zu verstehen.

Frankfurter Börse vom 11. Mai.

Bank-Aktien		Transport-Aktien		Industrie-Aktien	
Bay. Hyp. 100,00	100,00	Thür. Brau. 112,50	112,50	Bay. Hyp. 100,00	100,00
Bay. Hyp. 100,00	100,00	Thür. Brau. 112,50	112,50	Bay. Hyp. 100,00	100,00
Bay. Hyp. 100,00	100,00	Thür. Brau. 112,50	112,50	Bay. Hyp. 100,00	100,00
Bay. Hyp. 100,00	100,00	Thür. Brau. 112,50	112,50	Bay. Hyp. 100,00	100,00

Berliner Börse vom 11. Mai.

Bank-Aktien		Transport-Aktien		Industrie-Aktien	
Bay. Hyp. 100,00	100,00	Thür. Brau. 112,50	112,50	Bay. Hyp. 100,00	100,00
Bay. Hyp. 100,00	100,00	Thür. Brau. 112,50	112,50	Bay. Hyp. 100,00	100,00
Bay. Hyp. 100,00	100,00	Thür. Brau. 112,50	112,50	Bay. Hyp. 100,00	100,00
Bay. Hyp. 100,00	100,00	Thür. Brau. 112,50	112,50	Bay. Hyp. 100,00	100,00

Währungen und Wechselkurse

Währung	Kurs	Währung	Kurs
100 Reichsmark	100,00	100 Reichsmark	100,00
100 Reichsmark	100,00	100 Reichsmark	100,00
100 Reichsmark	100,00	100 Reichsmark	100,00
100 Reichsmark	100,00	100 Reichsmark	100,00



Vernunft, Hygiene und Schönheit fordern sorgfältigste Zahnpflege. Ein auf Vollkommenheit Anspruch erhebendes Zahnpflegemittel muß reinigende und keimzerstörende Kraft besitzen. Berufene Ärzte und Sachleute bestätigen die großen Vorzüge der Zahncreme Mouson. Sie säubert die Zähne, hält die Mundhöhle frei vom Einfluß schädlicher Substanzen, festigt das Zahnfleisch und aromatisiert den Atem.

In Tubenpackung überall erhältlich zu Mark 0.50 und Mark 0.80.

ZAHNCREME MOUSON

Deutsche Effekten- und Wechselbank in Frankfurt

7 u. 8. Dividende
Zu dem im abgelaufenen Geschäftsjahre erzielten Rohgewinn von 2,23 (2,36) Mill. M. trugen Gewinne aus Effekten, Raupens, Dividen und Konfortialbeteiligungen 0,29 (0,41), Wechsel- und Kontokorrentgewinnen und dauernde Beteiligungen 1,12 (1,04), Provisionen 0,74 (0,88) Mill. M. bei Handlungskostenforderungen 1,23 (1,30), Steuern und Abgaben 0,31 (0,27) Mill. M., so daß ein Reingewinn von 684 538 M. gegenüber 790 149 M. i. V. resultiert. Hieraus sollen 7 (8) u. 8. Dividende verteilt und nach den verschiedenen Dotierungen ein Rest von 32 067 (30 132) M. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Börsenberichte vom 11. Mai 1926

Mannheim behauptet

Das Geschäft an der heutigen Börse war still, die Aktienkurse behauptet. Es notierten: Bad. Bank 120, Pfälz. Hypothek. Bank 100, Rhein. Creditbank 97, Rhein. Hypothek. Bank 100 G., Forst-Industrie 152,75, Rhomania 60, Brauerei Berger 104, Affektur 175 G., Mannh. Veri. 83 G., Seilindustrie Wolf 44, Benz 70 G., Englinger 90, Gebr. Fahr 40, Germania-Rindfleisch 149, Karlsruher Maschinen 96, Anore Heilbronn 88, Redarfulmer 87,5, Zement-Heidel 98, Salzwert Heilbronn 96, Wagh u. Freitag 106, Zellstoff Waldhof 127, Zuckerfabrik Waghausel 61,5, Rheinbriele 9,90, Kriegs-anleihe 0,370.

Frankfurt: Kullod und Schwächer, nur Türken fest.

Die an der gestrigen Abendbörse schon aufgehellene außerordentliche Lustlosigkeit hat sich auch auf das heutige Geschäft an der Börse übertragen. Die drohende Regierungskrisis veranlaßt starke Zurückhaltung und die Spekulation ist stillgefallen. Vieles wird auch darauf hingewiesen, daß die Kullisse sehr stark verfort sei und jetzt

etwas zur Realisierung bräute. Auf dem Chemiemarkt hat das spekulative Treiben, nachdem die Dividende feststeht, ebenfalls aufgehört, so daß auch dieser Markt heute in sehr ruhiger Haltung verkehrte. Das Geschäft war so klein, daß zum ersten Male nur ganz wenige Notierungen zustande kamen. Die Kursrückgänge sind für alle Gebiete aber nicht erheblich und überwiegen nur selten 1 v. H. Nur einzelne Werte des Elektromarktes wiesen, auf ihren vorwärtigen Kurs zurückgehend, Einbußen bis 2 v. H. auf. Deutsche Anleihen gaben auch weiter nach. Von den ausländischen Renten konnten sich die meisten gut behaupten, für die türkischen Renten aber bestand, wie gestern abend, wieder großes Interesse, doch konnten die Kurssteigerungen trotz der erheblichen Umsätze darin ein beachtliches Maß nicht übersteigen. Freiverkehr war lustlos und schwächer.

Berliner Devisen

Table with columns: Devisen, Kurs, etc. listing various exchange rates for different currencies and locations.

Friedrich Wilhelm Sifer, Oberverwaltungsinspektor, Johanna Sifer, geb. Brück, Vermählte, Mannheim (Luisenring 20), Mai 1926

Drucksachen, liefert für die gesamte Industrie, Druckerlei Dr. Haas, G. m. b. H.

Vermischtes, Tennispartner (in) von gut spielend, Dame gesucht, Angeb. unt. J. Y. 22 c. d. Geschäftsstelle Nr. 21.

Ihr Chauffeur muß gut aussehen! Wir stellen Chauffeur-Anzüge u. Mäntel etc. in eigener Fabrikation her und sind deshalb sehr leistungsfähig! Ein Beispiel: Chauffeur-Anzug mit langer sowie kurz. Hose und Aermelweste M. 98. Schicken Sie Ihren Chauffeur noch vor Pfingsten zu: Gebr. Manes, Mannheim P 4, 12

Rachschallig gute Jazzkapelle für Sonntag u. Sonntag abends in erstes Haus gesucht, Angebote unter M. B. 28 an die Geschäftsstelle. *8836

Schreibmaschinen, gebrauchte, preiswert zu verkaufen, Winkel, N. 8, 7-9, Tel. 3438. 617

Achtung! Pflichtenbündel! 1 Kasten Berufshüten weit unter Preis, auch einzeln abzugeben. Otto Gumbinger, Rheinbinderstr. 49, *3685 Tel. 8908.

Tüchtige, funktionstüchtige Wirtsküche, suchen gutgehendes Restaurant zu mieten, Zuzahlung vorhanden, Angebote unt. G. T. 67 an die Geschäftsstelle. *2240

L. G. Farbenindustrie Aktiengesellschaft, Frankfurt a. M. Einladung zur Generalversammlung, Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu einer am Donnerstag, den 18. Juni 1926, vormittags 11 Uhr, in Frankfurt a. M., im Hotel Frankfurter Hof stattfindenden ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

Öffentlicher Vortrag, M. Ittwein, 12. Mai, 8 Uhr, Alter Rathausaal, Thema: „Unsere Jugend und ihre Aufgabe“ Deklamatorien und Musik. Redner: Missionsskretär M. Prüß.

J. Fecht, Musik- und Uhrenhaus, Mittelstraße 1 (Miedplatz), Schallplatten 2.-, 2.50, 3 50, 5.-

Schlafzimmer, Betten, Küchen, auf Teilzahlung ohne Zinsen, liefert in außerordentlich billigen Preisen W. Kuß, Möbellager, Kaiserstraße 23, Eing. Talberstr. 1-4

Für Import- und Exportfirmen, wird die Ein- und Ausgangssteuer, franz. engl. u. ital. Zoll und gewisshalt überlegt bei mäßiger Honorar Unt. M. C. 29 c. d. Geschäftsstelle *3838

Kredithaus, gibt Beamten und Angestellten, Herren-Konfektion, Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren bei bequemer Ratenzahlung und billiger Berechnung *3253, Geringe Anzahlung, Strengste Diskretion, Angebote unter Y. B. 25 an die Geschäftsstelle, d. W.

Drucksachen Industrie, Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6 2, Heirat, HEIRAT, Fräulein, 34 Jahre, prot., in d. l. Bergangsbell, Schneiderin, möchte Herrn kennen zu lernen, zwecks späterer Heirat, Angebote unter E. F. 14 an die Geschäftsstelle d. W. *2220



Die neue doppelgroße Packung für die sich ständig vermehrenden Verwendungenarten von LUX Seifenflocken wird gewiß auch von Ihnen begrüßt. Die grobe Behandlung allgemeiner Hauswäsche wirkt auf Ihre gute Leib-, Bett- und Tischwäsche ebenso ungünstig wie auf Ihre Blusen, Tücher, Strümpfe und Gardinen. Verwenden Sie auch hierzu nur die milden LUX Seifenflocken. Erproben Sie LUX Seifenflocken auch zum Haarwaschen, sowie für Kristall, Silber und Porzellan.

Nutzen Sie den Preisvorteil! Die neue Doppelpackung 90 Pfg., Normalpackung 50 Pfg. Illustration of a woman washing her face.

Heirat, Kaufmann 26 Jahre, in d. Stellung, evgl., gute Bekanntschaft mit ein. netten u. Fräulein aus guter Fam., zwecks späterer *2731

Heirat, Fräulein, 24 Jahre, evgl., in d. Stellung, evgl., gute Bekanntschaft mit ein. netten u. Fräulein aus guter Fam., zwecks späterer *2731

Heirat, Fräulein, 24 Jahre, evgl., in d. Stellung, evgl., gute Bekanntschaft mit ein. netten u. Fräulein aus guter Fam., zwecks späterer *2731

Heirat, Fräulein, 24 Jahre, evgl., in d. Stellung, evgl., gute Bekanntschaft mit ein. netten u. Fräulein aus guter Fam., zwecks späterer *2731

Viele Hausfrauen wünschen sich sehnlichst zum Pfingstputz den Rheinelektra-Staubsauger, der die Reinigung der Teppiche und Polstermöbel, die mühevollste und unangenehmste Arbeit, so spielend, schnell und ohne jede Umstände besorgt. Der Rheinelektra-Staubsauger ist für die moderne Wohnung unentbehrlich. Der Preis eines Staubsaugers beträgt mit allem Zubehör, ein-chielist: Zu einigung und Wandstecker Mk 150.-. Wegen etwas an Zahungsbe- chiet- ungen wenden Sie sich hie an unten Laten einschli- Sie können sich auch bei oder in ihrer Wohnung den Appa- rat anlassen lassen, ohne daß sie dadurch Kosten oder Ver- bind- lichen haben. Wir möchten auch den Hausfrauen, die sich diese Erleichterung noch nicht verschaffen konnten, dazu- ch entgegenkommen, daß wir ihnen einen Staubsauger für 5.20 5 Mark pro Tag für den Hausputz zur Verfügung stellen. Dieser Betrag wird bei einem etwaigen Kauf des Apparates voll angerechnet. Machen Sie Ihren Pfingstputz mit dem Rheinelektra-Staubsauger! Rheinelektra, Laden P 5, 13 (enge Planken) Fernsprecher 8087.

PALMIN

Die kluge Hausfrau nimmt nur das echte

mit dem Namenszug: *Dryfclind* auf jeder Packung!

Noch nie so billig!

Als besondere Gelegenheit für Pfingst-Einkäufe bieten wir nachstehende Artikel:

- 7.50** Braune Damen-Halbschuhe in Chevreux und Form und Kinder-Spangenschuhe in elegant. Ausführung
- 9.50** Damen-Glitzerschuhe in echt Boxk und Moderne braune Herren-Halbschuhe
- 11.50** Damen-Lack-Spangenschuhe schön und elegant verschieden. Ausführungen und Braune Herren-Stiefel in modernen Farben
- 13.50** Beige und blond, das Moderne für jeden Geschmack d. Richtige und Touren-Stiefel Solide Ware!
- 15.00** Hochleiste Damenschuhe in Wildled grau und beige, Chevreux L. XV. Abs und Braune Herren-Halbschuhe Prima Fabrikat!

Schuh Baum

Mannheim, J 1, 1, Ecke Breitesstraße



Die Hochleiste Büffel-Beize... 61-Wachbeize ist die vollkommenste Fußbodenbeize... Licht- und wasserrecht, nicht verschleißend und farbecht... Sie übertrifft diese ohne Ausnahme noch durch vollere, parkettähnlichen Glanz und kräftigen Farben von wärmerem Ton... Sie ist höchst ausgiebig und kinderleicht aufzutragen... Packungsdose auf 100 Gramm ausgefüllt.

Verlangen Sie stets ausdrücklich: **Lichtechte Büffel-Beize** Oel-Beize, leicht und naß w. sichtbar Nur z. H. mit dem „Büffel im Sechseck“!

Ufa Theater

P 6 Enge Planken P 6

Heute bis Donnerstag! Nur 3 Tage da ab Freitag bereits ein anderer Spielplan festgelegt ist.
Der Film, der in vielen Weltstädten einen Riesenerfolg hatte:



Frau Bettys Ehe-Irrungen

Die Geschichte einer Ehe, wie sie nicht sein sollte, in 7 Akten.
Ein Filmspiel mit einer herrlichen Ausstattung, wie sie wohl selten zu sehen war.
Hauptdarsteller:
Konrad Nagel mit der beliebten **E. Boardmann**
Der Zirkus kommt Lustspiel in 2 Akten.
Winterbilder aus Jämtland (Nordschweden) Wunderbare Aufnahmen
Neueste Ella - Wochenschau
Anfangszeiten der Filme: 4.00, 4.10, 4.30, 4.45, 6.05, 6.20, 6.35, 7.15, 8.30, 8.50, 9.05 bis 10.25 Uhr. S 216

Mannheimer Sängervereinigung

Concertabend des Bad. Sängervereins, 35 Vereine, 3500 Sänger
Nibelungensaal - Rosengarten
Sonntag, d. 16. Mai 1925, vorm. 10 Uhr u. nachm. 5 1/2 Uhr
Wertungs-Singen
von 16 Vereinen des Gaues Mannheim und Gesamt-Schluschor der beteiligten Vereine.
Reservierte Eintrittskarten im Vorverkauf zum Preis von M. 1.10 u. M. 2.20 einschl. Steuer bei Musikalienhdlg. K. Ferd. Heibel, O 3, 10; Mannh. Musikhaus P 7, 14a und an der Kasse des Rosengarten

Drucksachen liefert schnell **Druckerel Dr. Haas** G. m. b. H., K 4, 2

Offene Stellen

Provisions-Vertreter

gef. sucht für den Bezirk von sehr leistungsfähiger Großhandlung in Dekorations- und Möbelfabrik. Angebote unter M. M. H. 1565 an Althausenstein & Vogler, Mannheim. G 4/2

Bautechniker

flottes Feldner für Werkpläne usw. sofort gef. Angebote mit Gehaltsantrag unter L. N. 14 an die Geschäftsstelle d. Bl. *3810

Vertreter(innen) gesucht

Gute Verdienstmöglichkeit durch Vertrieb leichtverfügbaren Artikels der Fahrrad- und Fahrradzubehörfabrik für alle Hauptstädte. Angebote unter L. N. 9 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *3816

2 tüchtige Verkäuferinnen

aus der anerkanntesten Branche für gleich gesucht. Alter 20-25 Jahre. * 806 **Modehaus Hch. Euler**

Vertreter!

für Vertriebsabteilung einer Fabrik gesucht. Gute Verdienstmöglichkeit durch Vertrieb leichtverfügbaren Artikels der Fahrrad- und Fahrradzubehörfabrik für alle Hauptstädte. Angebote unter L. N. 9 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. *3816

Stenotypistin

aus guter Familie, per sofort gesucht. Angebote unter L. M. 33 an die Geschäftsstelle. *3818

Herren

mit ent. Kautions, zum Besuche von Bädern, Bergwerken, Hotels etc. bei hohem Verdienste. Angebote unter L. N. 13 an die Geschäftsstelle. *3751

Saubere Frau

gef. sucht, die über Tag 12 bis 14 Uhr, häusl. u. bes. des. Angebote unter L. E. 6 an die Geschäftsstelle. *3805

Ordentlich Lehrmädchen

sofort gef. such. Schöne Mädchen u. Kleber. R. 1, 4. *3784

Damenfriseur (in)

1. Rang, sofort gef. such. Angebote unter K. O. 87 an die Geschäftsstelle. *3770



Anker Registrierkassen

werden in über 1000 verschied. Ausführungen geliefert.
Gen.-Vertreter und Musterlager **G. Merkle, Mannheim** Q 7, 9

Verkäufe

Café-Konditorei

mit Einrichtung, evtl. mit Wohnung sofort abzugeben. Angebote unter J. O. 12 an die Geschäftsstelle. *3755

Verkäufe

Koffer

aus Rindleder, 75x40, 511111 zu verkaufen. Angeb. mit Rabbin. Kfz. D 4, 15, 1 Trepp. *3813

Verkäufe

Kinderwagen

neu, Brennd., 1. neu, zu verkaufen. *3709

Verkäufe

Bettstelle

mit Holz und 1 großer weich. Spiegel billig abzugeben. *3790

Verkäufe

1 Deutsche Dogge

weiß, 1 1/2 Jahre, 6 Monate, 2 schwarze Zwergspitzhündinnen 1 und 3 Jahre alt, zu verkaufen. *3716

Verkäufe

Haus

mit freier Wohnraum, 20000 bis 25000 M. Kaufpreis. Angebote unter J. I. 9 an die Geschäftsstelle. *3782

Verkäufe

Sofa

zum Umflicken und kleiner Tisch zu verkaufen. *3757

Verkäufe

Motorräder

8 PS, 8. H. mit Seitenwagen, 10 bis 15 PS, 8. H. (Sportmodell) sehr neu, 10000 Seitenwagen-Karosserie (Kleinwagen) abzugeben. *3796

Miet-Gesuche

Werkstätte

(oder Laden) mit elektr. Kraftanschluss sofort zu mieten gesucht. Angebote unter K. K. 33 an die Geschäftsstelle. *3770

Miet-Gesuche

Laden oder Lagerraum

ca. 20 qm, Stadtmitt., oder Dörflich. Nähe, elektr. Licht, zu mieten gesucht. Angebote unter J. U. 18 an die Geschäftsstelle. *3766

Miet-Gesuche

Schön möbliert. Zimmer

in gut. Lage von Jüdisch. Dame gesucht. Angebote unter L. U. 21 an die Geschäftsstelle. *3827

Miet-Gesuche

mobiliertes Zimmer

im Zentrum der Stadt, mit ev. Eingang. Angebote unter J. T. 17 an die Geschäftsstelle. *3745

Miet-Gesuche

Büro

2 große und 1 kleiner mod. Räume mit Keller in ruhiger Lage zu vermieten. Anfragen: *3707

Miet-Gesuche

Ein schön. Zimmer

möbl., an ost. Herrn bis 15. Mai od. so. zu vermieten. *3811

Miet-Gesuche

Schön möbliert. Zimmer

mit elektr. Licht u. Tel.-Anschluss, vermietet zu vermieten. *3811

Miet-Gesuche

Schön möbliertes Zimmer

mit elektr. Licht, 20 qm, 2 Treppen. *3834

Miet-Gesuche

1000 Mark

gegen gute Sicherheit zu leihen gesucht. *3799

Miet-Gesuche

500 Mk.

zur Verbesserung eines Wohnraums gesucht. *3799